



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 26. Juli 2021
(OR. en)

10341/21
ADD 25

JAI 812
FREMP 202
AG 61
POLGEN 127

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	22. Juli 2021
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.:	SWD(2021) 725 final
Betr.:	ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden Begleitunterlage zur MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument SWD(2021) 725 final.

Anl.: SWD(2021) 725 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 20.7.2021
SWD(2021) 725 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden

Begleitunterlage zur

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN

Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union

{COM(2021) 700 final} - {SWD(2021) 701 final} - {SWD(2021) 702 final} -
{SWD(2021) 703 final} - {SWD(2021) 704 final} - {SWD(2021) 705 final} -
{SWD(2021) 706 final} - {SWD(2021) 707 final} - {SWD(2021) 708 final} -
{SWD(2021) 709 final} - {SWD(2021) 710 final} - {SWD(2021) 711 final} -
{SWD(2021) 712 final} - {SWD(2021) 713 final} - {SWD(2021) 714 final} -
{SWD(2021) 715 final} - {SWD(2021) 716 final} - {SWD(2021) 717 final} -
{SWD(2021) 718 final} - {SWD(2021) 719 final} - {SWD(2021) 720 final} -
{SWD(2021) 721 final} - {SWD(2021) 722 final} - {SWD(2021) 723 final} -
{SWD(2021) 724 final} - {SWD(2021) 726 final} - {SWD(2021) 727 final}

DE

DE

ZUSAMMENFASSUNG

Die Bemühungen zur weiteren Stärkung der rechtlichen Garantien für die richterliche Unabhängigkeit innerhalb des schwedischen Justizsystems werden fortgesetzt, insbesondere durch die Arbeit der Untersuchungskommission zur „Stärkung des Schutzes der Demokratie und der Unabhängigkeit der Justiz“, die auch das Verfahren zur Änderung der Verfassung überprüft. Ferner wurde eine gezielte Reform des Systems der Sicherheitsermächtigungen für Richter durchgeführt. Schweden hat außerdem einige Schritte unternommen, um die Digitalisierung des Justizsystems weiter zu verbessern, insbesondere durch die Einrichtung eines neuen Rates für Digitalisierung, dessen Schwerpunkt auf Strafverfahren liegt. Es bestehen jedoch weiterhin Bedenken hinsichtlich der langfristigen Ressourcen des Justizsystems. Das Justizsystem hat weiterhin wirksam funktioniert, auch angesichts der Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie, wobei die Entscheidung über spezifische Maßnahmen bezüglich der weiteren Entwicklung den Gerichten überlassen wurde.

Wie in den vergangenen Jahren ist der Grad der wahrgenommenen Korruption in Schweden einer der niedrigsten in der EU und weltweit. Transparenz ist einer der Eckpfeiler des schwedischen Ansatzes zur Korruptionsbekämpfung. Im Jahr 2020 nahm Schweden seinen ersten strategischen nationalen Aktionsplan zur Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung an. Darin wird unter anderem der systematische Einsatz von Korruptionsrisikoanalysen vorgeschrieben, um das Bewusstsein für Korruptionsrisiken und die Risikosteuerungspraktiken bei den Beamten zu stärken. Obwohl dieser Aktionsplan als ein wichtiger Schritt angesehen wird, fehlen darin konkrete Maßnahmen und ein Zeitplan, und er war lediglich Gegenstand einer begrenzten Konsultation unter den relevanten Interessenträgern. Im Berichtszeitraum wurden weitere Präventionsinitiativen ergriffen, darunter die Ausdehnung der Vorschriften über Drehtüreffekte auf die Führungskräfte des Obersten Rechnungshofs und neue Richtlinien für Beamte zur Offenlegung ihres Vermögens. Der Lobbyismus ist nach wie vor nicht reguliert, und es gibt keine einheitliche Vorgehensweise zur Offenbarung derer, die versuchen, Einfluss auf bestimmte Gesetzesvorschläge zu nehmen („legislativer Fußabdruck“). Auslandsbestechung ist nach wie vor ein Risikobereich, in dem nur ein geringes Maß an Strafverfolgung zu verzeichnen ist.

Die Medienfreiheit und der Medienpluralismus in Schweden sind im Allgemeinen weiterhin solide, was vor allem auf Schutzmaßnahmen zurückzuführen ist, die sich sowohl aus der Verfassung als auch aus der Gesetzgebung ergeben. Schweden hat die rechtlichen Garantien für die Unabhängigkeit weiter gestärkt und den Haushalt der schwedischen Presse- und Rundfunkbehörde erhöht. Wie im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020 angemerkt, prüft die Regierung ferner die Möglichkeit der Einführung spezifischer Rechtsvorschriften zur Transparenz der Eigentumsverhältnisse in den Medien, die es derzeit nicht gibt. Schweden unternimmt im Rahmen der laufenden Überprüfung des strafrechtlichen Schutzes für bestimmte wichtige Funktionen in der Gesellschaft Schritte zur Verbesserung des Schutzes von Journalisten. Journalisten sind insbesondere im Internet zunehmend Bedrohungen und Belästigungen ausgesetzt. Schweden hat wirtschaftspolitische Maßnahmen erlassen, um die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Medien und Journalisten, insbesondere auf Freiberufler, zu bewältigen.

Da in der schwedischen Verfassung kein Ausnahmezustand für eine Gesundheitskrise vorgesehen ist, wurden Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie in erster Linie durch Empfehlungen ergriffen. Im Januar 2021 hat Schweden einen neuen Rechtsrahmen angenommen, der es der Regierung ermöglicht, restriktivere Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zu ergreifen. Dieser Rahmen wurde zwar einer Ex-ante-Prüfung der Verfassungsmäßigkeit unterzogen, doch die kurzen Konsultationszeiten wurden vom Verfassungsausschuss kritisiert. Dem Parlament wurde ein Vorschlag zur Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsorganisation im Einklang mit internationalen Standards vorgelegt. Der zivilgesellschaftliche Raum bleibt offen, und die Regierung erwägt Schritte zur Klärung der Voraussetzungen für den Erhalt von staatlichen Fördermitteln für zivilgesellschaftliche Organisationen.

I. JUSTIZSYSTEM

Schweden hat zwei parallele Gerichtsbarkeiten: die ordentliche Gerichtsbarkeit mit 48 Amtsgerichten, sechs Oberlandesgerichten und dem Obersten Gerichtshof, und die Verwaltungsgerichtsbarkeit mit zwölf Verwaltungsgerichten, vier Oberverwaltungsgerichten und dem Obersten Verwaltungsgerichtshof¹. Die Staatsgerichtsverwaltung, eine dem Justizministerium nachgeordnete Behörde, ist die zentrale Verwaltungsbehörde für die Gerichte und unter anderem für die Ressourcenzuweisung, den Personalbedarf und die Ausstattung zuständig. Die Regierung² ernennt die Richter³ auf Vorschlag einer unabhängigen Kommission (Domarnämnden)⁴. Die schwedische Staatsanwaltschaft⁵ ist eine von der Regierung unabhängige und getrennte Behörde. Schweden unternimmt Schritte für den Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft⁶. Die schwedische Rechtsanwaltskammer (Sveriges Advokatsamfund) ist eine unabhängige und selbstverwaltete, nach dem Gesetz vorgesehene Vereinigung, die für die Aufsicht über die berufliche Tätigkeit von

¹ Außerdem gibt es zwei Fachgerichte: das Arbeitsgericht und das Geheimdienstgericht (Försvarsunderrättelsesdomstolen). Beitrag aus Schweden für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021. Für eine Beschreibung der Justizstruktur siehe CEPEJ (2021), Study on the functioning of judicial systems in the EU Member States.

² Gesetz über die Ernennung ständiger Richter (2010:1390). (Lag om utnämning av ordinarie domare).

³ Die für das Vorschlagen von Richtern zuständige Kommission unterbreitet der Regierung nach einer Beurteilung der Qualifikationen der Bewerber einen begründeten Vorschlag (Rangliste, in der Regel drei Kandidaten), und die Regierung ernennt den Richter. Beabsichtigt die Regierung, einen nicht im Vorschlag der Kommission enthaltenen Kandidaten auszuwählen, muss sie der Kommission die Gelegenheit geben, eine Stellungnahme zu dem Kandidaten abzugeben. In der Praxis ist die Regierung seit Inkrafttreten des Systems im Jahr 2011 immer dem Vorschlag gefolgt.

⁴ Die für das Vorschlagen von Richtern zuständige Kommission setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen: fünf aktuellen oder ehemaligen Richtern, die von den Gerichten vorgeschlagen wurden, zwei Juristen, die außerhalb des Gerichtssystems tätig sind (ein Anwalt wird von der Rechtsanwaltskammer vorgeschlagen, der andere vom schwedischen Verband der lokalen Gebietskörperschaften und Regionen (Sveriges Kommuner och Landsting) und dem Zentralamt für staatliche Arbeitgeberangelegenheiten (Arbetsgivarverket)), sowie zwei Vertretern der Öffentlichkeit. Die Vertreter der Öffentlichkeit werden vom Parlament ernannt (und sind in der Regel Mitglieder des Parlaments), während sieben weitere Mitglieder von der Regierung ernannt werden.

⁵ Gesetz über die Regierungsform, Kapitel 12, Artikel 2.

⁶ Schwedische Regierung (2020), Europäische Staatsanwaltschaft in Schweden und Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 7.

Rechtsanwälten und die Ergreifung von Disziplinarmaßnahmen gegen ihre Mitglieder zuständig ist⁷.

Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeit der Justiz wird weiterhin als hoch empfunden. Insgesamt sind 71 % der breiten Öffentlichkeit und der Unternehmen der Auffassung, dass die Unabhängigkeit der Gerichte und Richter in Schweden im Jahr 2021 „sehr gut“ oder „eher gut“ ist⁸. Die Wahrnehmung der richterlichen Unabhängigkeit war zwischen 2016 und 2020 durchgehend sehr hoch und bleibt auch im Jahr 2021 hoch, obwohl sie im Vergleich zu 2020 sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den Unternehmen etwas zurückgegangen ist.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses, der die Garantien für die Unabhängigkeit der Justiz weiter stärken soll, schreitet voran. Der Ausschuss, der im Februar 2020 eingesetzt wurde und seine Ergebnisse im Jahr 2023 vorlegen wird, prüft insbesondere den Rechtsrahmen für das Rentenalter und die Anzahl der Richter am Obersten Gerichtshof sowie den Status und die Unabhängigkeit der nationalen Gerichtsverwaltung. Ferner soll er untersuchen, ob eine Änderung der Verfassung erforderlich ist⁹. Der parteiübergreifende Ausschuss hat seit seiner Gründung regelmäßig getagt und führt vergleichende Untersuchungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die richterliche Unabhängigkeit und Verfassungsänderungen in anderen Mitgliedstaaten der EU durch. Bei der Arbeit werden die einschlägigen europäischen Standards¹⁰ berücksichtigt. Der Ausschuss hat erklärt, dass er ferner beabsichtigt, ein oder zwei externe Sachverständigengruppen einzurichten, die ihn bei der Durchführung seiner Aufgaben unterstützen sollen¹¹. Die Interessenträger haben diese Arbeit zur präventiven Stärkung potenzieller Schwachstellen innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens weitgehend begrüßt¹². Die Richtervereinigung hat insbesondere das derzeitige System für die Ernennung des Generaldirektors der nationalen Gerichtsverwaltung durch die Regierung¹³ als potenziellen Mangel hervorgehoben und sich für die Schaffung eines unabhängigen Rates für das Justizwesen ausgesprochen – eine Option, die vom Ausschuss

⁷ Prozessordnung, Kapitel 8.

⁸ Schaubilder 48 und 50, EU-Justizbarometer 2021. Der Grad der wahrgenommenen Unabhängigkeit der Justiz wird wie folgt kategorisiert: sehr gering (unter 30 % der Befragten empfinden die Unabhängigkeit der Justiz als eher gut und sehr gut); gering (zwischen 30 und 39 %), durchschnittlich (zwischen 40 und 59 %), hoch (zwischen 60 und 75 %), sehr hoch (über 75 %).

⁹ Siehe Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 2–3 für einen ausführlichen Überblick über das Mandat des Ausschusses sowie S. 11 für die Modalitäten zur Änderung der Verfassung. Es sei darauf hingewiesen, dass der Ausschuss in Bezug auf die möglichen Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit für terroristische Vereinigungen, die ebenfalls in seinem Mandat enthalten sind, seine Ergebnisse bereits im März 2021 vorgelegt hat.

¹⁰ Insbesondere Empfehlung CM/Rec(2010)12 des Ministerkomitees des Europarates und die einschlägigen Stellungnahmen der Venedig-Kommission.

¹¹ Im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholte Informationen.

¹² Ausschuss der schwedischen Richtervereinigung (2021), Independence of judges should be strengthened with a Judicial Council (Die Unabhängigkeit der Richter sollte durch einen Justizrat gestärkt werden). Beitrag der schwedischen Abteilung des Internationalen Ausschusses der Juristen und Bürgerrechtsverteidiger zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

¹³ Im Einklang mit der Verordnung über die Regierungsbehörde und der Verordnung über die nationale Gerichtsverwaltung.

gemäß seinem Mandat zu prüfen ist¹⁴. Die Richtervereinigung ist ferner der Ansicht, dass das System zur Ermittlung der Gehälter der Richter Aufmerksamkeit verdient, auch wenn es nicht in das Mandat des Ausschusses fällt¹⁵. Die Gehälter werden im Rahmen eines Tarifvertrags zwischen den Richtern und der nationalen Gerichtsverwaltung für neu ernannte Richter festgelegt und anschließend jährlich zwischen dem Richter und dem zuständigen Gerichtspräsidenten neu vereinbart¹⁶. Die Richtervereinigung ist der Ansicht, dass dieses System zwar seit über zehn Jahren besteht und insgesamt keine größeren Probleme verursacht hat, dass es aber weder ausreichend transparent ist noch klare Kriterien aufweist. Gemäß den Empfehlungen des Europarates sollten die wichtigsten Regeln des Vergütungssystems für Berufsrichter gesetzlich festgelegt werden¹⁷.

Änderungen des Systems für die Sicherheitsermächtigung von Richtern sind in Kraft getreten. Um die richterliche Unabhängigkeit zu stärken, wurde in den im April 2021 in Kraft getretenen Änderungen des Gesetzes über Schutzmaßnahmen festgelegt, dass die Sicherheitsermächtigungen für Gerichtspräsidenten von der für das Vorschlagen von Richtern zuständigen Kommission und für ordentliche Richter von ihrem jeweiligen Gericht durchgeführt werden sollen.¹⁸ Diese Änderungen wurden durch eine im Jahr 2019 angenommene Änderung des allgemeinen Systems der Sicherheitsermächtigungen für Beamte ausgelöst, wonach die Regierung auch die Zuständigkeit für die Sicherheitsermächtigungen von Gerichtspräsidenten übernommen hatte, die zuvor in der Verantwortung der nationalen Gerichtsverwaltung lagen. Zur Lösung dieses Problems hatte die Regierung im Mai 2019 einen Untersuchungsvorsitzenden ernannt, um ein angemessenes System zum Schutz des Status von Gerichten und Richtern sicherzustellen.¹⁹ Auf der Grundlage des Untersuchungsberichts und eines Konsultationsverfahrens legte die Regierung den Vorschlag zur Änderung des Gesetzes über Schutzmaßnahmen vor, der im Januar 2021 vom Parlament angenommen wurde.

¹⁴ Ausschuss der schwedischen Richtervereinigung (2021), Independence of judges should be strengthened with a Judicial Council (Die Unabhängigkeit der Richter sollte durch einen Justizrat gestärkt werden). Die Moderate Sammlungspartei hat sich dieser Forderung angeschlossen und fordert, die Schaffung eines unabhängigen Rates für das Justizwesen ausdrücklich in das Mandat des Ausschusses aufzunehmen. Svenska Dagbladet (2021), M wants to replace the Swedish National Courts Administration with a council of judges (Die Moderate Sammlungspartei möchte die schwedische nationale Gerichtsverwaltung durch einen Richterrat ersetzen).

¹⁵ Für die Gehälter der Richter gibt es keine gesetzlich festgelegten Regeln; sie beruhen auf einem Tarifvertrag zwischen der nationalen Gerichtsverwaltung und der Richtergewerkschaft, in dem u. a. festgelegt ist, dass die Vergütung niemals auf Gründen beruhen darf, die dem Interesse der Unabhängigkeit bei der Rechtsanwendung widersprechen. In dem Vertrag werden ferner Mindestgehälter festgelegt. Wenn ein neuer Richter ernannt wird, einigen sich die nationale Gerichtsverwaltung und der Richter auf ein Gehalt. Jedes Jahr werden die Gehälter in Absprache zwischen dem Richter und dem zuständigen Gerichtspräsidenten neu festgelegt. Siehe Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, S. 7–8 für genauere Angaben zu diesem System.

¹⁶ Die Richtervereinigung hebt die Rolle der nationalen Gerichtsverwaltung bei der Festlegung der Gehälter für neu ernannte Richter hervor, und zwar im Zusammenhang mit ihren allgemeinen Bedenken über den Status der nationalen Justizverwaltung. Ausschuss der schwedischen Richtervereinigung (2021), Independence of judges should be strengthened with a Judicial Council (Die Unabhängigkeit der Richter sollte durch einen Justizrat gestärkt werden).

¹⁷ Empfehlung CM/Rec(2010)12 des Ministerkomitees des Europarates, Rn. 53.

¹⁸ Gesetz über Schutzmaßnahmen (2018:585), Kapitel 3, § 4a. (Säkerhetsskyddslagen).

¹⁹ Schwedische Regierung (2019), Sicherheitsüberprüfung von Richtern.

Qualität

Es wurden erneut Bedenken hinsichtlich der langfristigen Situation der Ressourcen für die Justiz geäußert. Nach einem Antrag der nationalen Gerichtsverwaltung auf eine Erhöhung des Justizhaushalts für die Jahre 2021–2023²⁰ wurde der Haushalt für 2021 leicht erhöht²¹. Schweden wendet seit 2012 kontinuierlich etwa 0,27 % seines BIP für die Justiz auf²². Interessenträger und die nationale Gerichtsverwaltung²³ haben die Notwendigkeit betont, die Mittel längerfristig statt jährlich zu erhöhen, um Vorhersehbarkeit zu gewährleisten und es den Gerichten zu ermöglichen, die steigende Zahl neuer Strafverfahren²⁴ zu bearbeiten.

Die Digitalisierung der Justiz schreitet voran und es wurde ein Rat für die Digitalisierung der Justiz eingerichtet. Nach dem Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung zur elektronischen Kommunikation in Gerichtsverfahren im Januar 2021²⁵ sind die Verfahrensregeln zum Einsatz digitaler Technologie in den Gerichten vollständig etabliert²⁶. Allerdings gibt es immer noch keine Möglichkeit, auf erstinstanzliche Gerichtsurteile online zuzugreifen, und die Rechtsvereinbarungen für deren maschinelle Lesbarkeit sind begrenzt²⁷. Verbleibende Lücken in Zivil- und Verwaltungsverfahren betreffen die Möglichkeit, auf anhängige und abgeschlossene Akten zuzugreifen²⁸, während in Strafverfahren nur begrenzte digitale Werkzeuge zur Verfügung stehen²⁹. Um die Wirksamkeit und die Nutzung digitaler Werkzeuge entlang der gesamten Justizkette, insbesondere für Strafverfahren, zu verbessern, wurde im September 2020 ein neuer Rat für die Digitalisierung der Justiz³⁰ innerhalb der Struktur des nationalen Beirats für Kriminalitätsverhütung eingerichtet, der aus den Leitern von elf verschiedenen Behörden³¹ besteht. Er soll den Informationsaustausch in der Strafjustiz verbessern und die Identifizierung und Planung gemeinsamer Entwicklungsbemühungen, die Überwachung der Umsetzung laufender Entwicklungsbemühungen und die Entwicklung des Informationsverwaltungssystems

²⁰ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 3.

²¹ Von etwa 585 Mio. EUR (6 Mrd. SEK) im Jahr 2020 auf 625 Mio. EUR (6,4 Mrd. SEK) im Jahr 2021. Beiträge aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020 und 2021.

²² Schaubild 30, EU-Justizbarometer 2021.

²³ Nationale Gerichtsverwaltung (2021), Courts under pressure: almost a half a million new cases in 2020 (Gerichte unter Druck: fast eine halbe Million neue Fälle im Jahr 2020) und Informationen, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

²⁴ Zum Anstieg der Anzahl der Strafverfahren siehe Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 3 und Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 12.

²⁵ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 4.

²⁶ Schaubild 40, EU-Justizbarometer 2021.

²⁷ Schaubilder 46–47, EU-Justizbarometer 2021.

²⁸ Schaubild 44, EU-Justizbarometer 2021.

²⁹ Schaubild 45, EU-Justizbarometer 2021.

³⁰ Schwedische Regierung (2020), Stronger coordination for increased digitalisation of the judiciary (Stärkere Koordination für eine verstärkte Digitalisierung der Justiz). Grundlage dafür ist die Verordnung zur Digitalisierung der Justiz (Förordning om rättsväsendets digitalisering).

³¹ Nationaler Beirat für Kriminalitätsverhütung, Behörde für die Entschädigung und Unterstützung von Opfern von Straftaten, Nationale Gerichtsverwaltung, Behörde für Wirtschaftskriminalität, Bewährungs- und Strafvollzugsdienst, Küstenwache, Polizei, Nationaler Ausschuss für Gerichtsmedizin, Steuerbehörde, Zollbehörde und Staatsanwaltschaft.

gewährleisten³². Das Vorhaben ist in mehrere Stufen unterteilt, beginnend mit der Einrichtung des elektronischen Informationsflusses zwischen den Behörden, die die meisten Strafverfahren bearbeiten, wobei bis 2022 eine umfassende Verknüpfung aller Behörden hergestellt werden soll. Ferner wird der Rat die neue Strategieplanung für die Digitalisierung der Justiz für die Jahre ab 2023 vorbereiten, da die aktuelle Strategie im Jahr 2022 ausläuft³³.

Effizienz

Die Wirksamkeit des Justizsystems ist stabil geblieben, wobei im Jahr 2020 mehr Fälle abgeschlossen wurden als in den Vorjahren. Die Abschlussquote ist bei zivil- und handelsrechtlichen Rechtsstreitigkeiten stabil geblieben (bei 97,5 %) und hat sich bei Verwaltungsfällen verbessert (von 96,8 % im Jahr 2018 auf 101,7 % im Jahr 2019). Die geschätzte Zeit bis zum Abschluss eines Falles ist sowohl für zivil- und handelsrechtliche Rechtsstreitigkeiten als auch für Verwaltungsfälle im Jahr 2019 niedrig geblieben, obwohl die Anzahl der eingegangenen Verwaltungsfälle weiter gestiegen ist³⁴. Die nationalen Daten zeigen, dass die Zahl der eingehenden Fälle im Jahr 2020 zwar zunahm, bei der Zahl der abgeschlossenen Fälle jedoch ein noch stärkerer Anstieg zu verzeichnen war, wobei etwa 8 % mehr Fälle abgeschlossen wurden als im Jahr 2019³⁵. Laut der nationalen Gerichtsverwaltung ist dies unter anderem darauf zurückzuführen, dass weniger komplexe Fälle oft im schriftlichen Verfahren abgeschlossen werden konnten, während komplexere Fälle vertagt wurden³⁶. Da die Gerichte im Allgemeinen während der COVID-19-Pandemie geöffnet blieben und konkrete Maßnahmen den Gerichten überlassen wurden, hat sich die Quote der vertagten Anhörungen nur geringfügig verändert (21,9 % im Jahr 2020 im Vergleich zu durchschnittlich 20,3 % in den Jahren 2017–2019)³⁷.

II. RAHMEN FÜR DIE KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Ein rechtlicher und institutioneller Rahmen zur Bekämpfung und Verhütung der Korruption ist in Schweden weitgehend vorhanden. Die Regierung hat einen nationalen Aktionsplan für 2021–2023 angenommen, den ersten überhaupt, um Korruption in den Behörden der Zentralregierung zu verhindern. Die nationale Einheit für Korruptionsbekämpfung (Korruptionseinheiten) ist eine spezielle Dienststelle der schwedischen Staatsanwaltschaft und für alle Ermittlungen in den Bereichen Korruption und Bestechung, einschließlich Auslandsbestechung, zuständig. Als Teil der schwedischen Polizeibehörde hat die nationale Einheit für Korruptionsbekämpfung die Aufgabe, sowohl in Korruptionsdelikten zu ermitteln als auch Korruption vorzubeugen, indem sie die verschiedenen staatlichen Behörden bei der Ausarbeitung von Antikorruptionsrichtlinien unterstützt. Die schwedische Behörde für Wirtschaftskriminalität, die dem Justizministerium unterstellt ist, hat den Auftrag, in Fällen

³² Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 5–6 und schriftlicher Beitrag des Justizministeriums im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden.

³³ Nationaler Beirat für Kriminalitätsverhütung (2021), Regulierungsschreiben des Bra für 2021.

³⁴ Schaubilder 3–16, EU-Justizbarometer 2021.

³⁵ Nationale Gerichtsverwaltung (2021), Eingegangene, abgeschlossene und ausgeglichene Fälle bis einschließlich Woche 7.

³⁶ Nationaler Rat für Verbrechenverhütung (2021), Bericht über die Auswirkungen der Pandemie auf den Fluss der Justiz, S. 43, und Informationen, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

³⁷ Nationale Gerichtsverwaltung (2021), Abgesagte Anhörungen.

schwerer Finanzkriminalität zu ermitteln und diese zu verfolgen, einschließlich der Einziehung von Erträgen aus Straftaten. Weitere Behörden wie der Oberste Rechnungshof, die nationale Wettbewerbsbehörde, der nationale Beirat für Kriminalitätsverhütung und die schwedische FIU der schwedischen Polizei sind für die Prävention und Ermittlung im Bereich der Korruption sowie für Forensik und Rechnungsprüfung zuständig.

Experten und Führungskräfte aus der Wirtschaft nehmen Schweden weltweit als eines der Länder mit der geringsten Korruption wahr. Im Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International erreicht Schweden mit 85/100 Punkten den 2. Platz in der EU und weltweit Platz 3³⁸. Diese Wahrnehmung ist in den letzten fünf Jahren³⁹ relativ stabil geblieben⁴⁰.

Schweden überarbeitet derzeit die Verjährungsfristen für alle Straftaten, einschließlich Korruptionsdelikten. In Schweden steht ein breites Spektrum von Korruptionsdelikten unter Strafe⁴¹. Das schwedische Arbeitsrecht sieht weiterhin Disziplinarmaßnahmen für Pflichtverletzungen in Form von Verwarnungen oder Gehaltskürzungen vor und verbietet die Beteiligung von Mitarbeitern an Aktivitäten, die das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit beeinträchtigen oder den Ruf der Behörde schädigen können⁴².

Schweden hat im Dezember 2020 einen nationalen Antikorruptionsplan für die öffentliche Verwaltung angenommen. Im Mittelpunkt des Aktionsplans steht die Korruptionsprävention in den Behörden der Zentralregierung, einschließlich der Regierungsstellen⁴³. Staatseigene Unternehmen sind nicht eingeschlossen⁴⁴. Ziel des Aktionsplans ist es, den Behörden Instrumente und bewährte Verfahren zur Korruptionsprävention an die Hand zu geben. Dazu gehört der systematische Einsatz von

³⁸ Transparency International, Korruptionswahrnehmungsindex 2020 (2021), S. 2–3. Die Wahrnehmung der Korruption wird anhand der folgenden Kategorien bewertet: gering (die von Experten und Geschäftsleuten wahrgenommene Korruption im öffentlichen Sektor liegt bei einem Wert über 79), relativ gering (Werte zwischen 79 und 60), relativ hoch (Werte zwischen 59 und 50), hoch (Werte unter 50).

³⁹ Die Eurobarometer-Daten zur Korruptionswahrnehmung und -erfahrung in der Bevölkerung und in Unternehmen, wie sie im letzten Jahr gemeldet wurden, werden alle zwei Jahre aktualisiert. Die neuesten Datensätze sind das Eurobarometer Spezial 502 (2020) und die Flash-Eurobarometer-Umfrage 482 (2019).

⁴⁰ Im Jahr 2015 lag der Wert bei 89, wohingegen er im Jahr 2020 bei 85 liegt. Eine erhebliche Verbesserung/Verschlechterung des Wertes entspricht einer Veränderung um mehr als fünf Punkte; eine Verbesserung/Verschlechterung entspricht einer Veränderung um 4 bis 5 Punkte; bei einer Veränderung zwischen 1 und 3 Punkten gilt der Wert als relativ stabil (jeweils bezogen auf die letzten fünf Jahre).

⁴¹ Das schwedische Strafgesetzbuch enthält Bestimmungen im Hinblick auf Bestechung und Bestechlichkeit, fahrlässige Finanzierung von Bestechung, unerlaubte Einflussnahme, Pflichtverletzungen oder die Verletzung der Schweigepflicht. Sanktionen für die Annahme oder das Anbieten von Bestechungsgeldern können in Form von Geldstrafen oder einer Höchststrafe von zwei Jahren Freiheitsentzug (Verjährung nach zwei Jahren) und in schweren Fällen von bis zu sechs Jahren Freiheitsentzug (Verjährung nach zehn Jahren) verhängt werden. Aufgrund des erweiterten Anwendungsbereichs können Geldstrafen für Unternehmen nun auch auf Aktivitäten des öffentlichen Sektors angewendet werden, die mit gewerblichen Aktivitäten gleichgesetzt werden können, wenn die Handlung darauf abzielte, der juristischen Person finanzielle Vorteile zu verschaffen. Für Bestechungen, die von Unternehmen des privaten Sektors begangen werden, können Geldstrafen von bis zu 500 Mio. SEK (circa 49 Mio. EUR) verhängt werden.

⁴² Vgl. das schwedische öffentliche Beschäftigungsgesetz.

⁴³ Schwedische Regierung (2021), Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung 2021–2023.

⁴⁴ Obwohl die öffentliche Verwaltung der Anwendungsbereich des Aktionsplans ist, wird erwartet, dass die Arbeitsmethoden und Empfehlungen des Plans auch für die Korruptionspräventionsarbeit von staatseigenen Unternehmen von Bedeutung sind.

Risikoanalysen, um das Bewusstsein für Korruptionsrisiken und Risikosteuerungspraktiken zu stärken. Der Plan stieß auf Kritik, da er nicht klar und ambitioniert genug formuliert sei und keine umfassende Konsultation von Interessenträgern vorsehe⁴⁵. In dem Plan werden keine spezifischen Prioritäten oder Ziele definiert, die bis zu einem bestimmten Datum erreicht werden sollen. Die schwedische Agentur für öffentliche Verwaltung wird die Präventionsarbeit im Rahmen des Plans unterstützen⁴⁶, hat aber keine Aufsichtsfunktion⁴⁷. Die Agentur für öffentliche Verwaltung wird im Jahr 2021 einen Zwischenbericht mit einer Bewertung der Ausgangssituation herausgeben und dem Finanzministerium bis Ende 2023 einen zusammenfassenden Abschlussbericht vorlegen⁴⁸.

Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Staatsanwaltschaften ist insgesamt wirksam. Die Ressourcen, der Grad der Spezialisierung der Ermittler und Staatsanwälte und der Zugang zu einschlägigen Informationen sind nach Ansicht der Polizei und der Staatsanwaltschaft ausreichend, damit die Behörden ihre Aufgaben bei der Korruptionsbekämpfung wahrnehmen können⁴⁹. Schweden hat mit dem Aufbau eines elektronischen Systems begonnen, um den Informationsaustausch bei der Bearbeitung von Strafsachen zu verbessern.⁵⁰ Es wird erwartet, dass die Justizkette im Jahr 2022 vollständig digital vernetzt sein wird⁵¹. Vorläufige Daten des nationalen Beirats für Kriminalitätsverhütung deuten auf einen Rückgang der gemeldeten Bestechungsfälle im Vergleich zu 2019 hin, jedoch wird ein signifikanter Anstieg der Fälle von Fehlverhalten im öffentlichen Amt gemeldet⁵². Im Jahr 2020 wurden gegen 38 Personen Strafverfolgungen im

⁴⁵ Zu Beginn wurde ein Seminar mit Interessenträgern abgehalten, doch der Entwurf wurde nicht mit allen relevanten Interessenträgern abgestimmt. Im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholte Informationen.

⁴⁶ Zu diesem Zweck werden sechs oder sieben zentrale Behörden ausgewählt, und ein neues kooperatives Forum staatlicher Behörden mit besonderer Expertise in der Korruptionsprävention wird vom Statskontoret koordiniert, darunter der nationale Beirat für Kriminalitätsverhütung, die Nationale Behörde für Finanzmanagement, die Wettbewerbsbehörde, die Polizeibehörde und die nationale Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen.

⁴⁷ Die Verantwortung für die Korruptionsprävention liegt letztendlich beim Generaldirektor der jeweiligen Behörde.

⁴⁸ Der Abschlussbericht kann Empfehlungen für die Regierung für mögliche neue Maßnahmen enthalten.

⁴⁹ Informationen der schwedischen Staatsanwaltschaft, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden. Die für strafrechtliche Ermittlungen im Zusammenhang mit Korruption und Auslandsbestechung zuständige nationale Antikorruptionseinheit innerhalb der Staatsanwaltschaft besteht aus zehn Staatsanwälten, zwei Buchhaltern, einem Analysten, drei Sachbearbeitern der Staatsanwaltschaft und etwa 100 Polizeibeamten, die in Korruptionsfällen und korruptionsbezogenen Straftaten ermitteln.

⁵⁰ Das elektronische System verbindet die schwedische Polizei, die schwedische Staatsanwaltschaft, die schwedische Steuerbehörde, die schwedische Behörde für Wirtschaftskriminalität, die schwedischen Gerichte und den schwedischen Bewährungs- und Strafvollzugsdienst.

⁵¹ Die erhaltenen Rückmeldungen unterstreichen den noch bestehenden Bedarf an Aus- und Fortbildung und Harmonisierung bezüglich der unterschiedlichen IT-Systeme, Arbeitskonzepte und Routinen, die in den verschiedenen beteiligten Behörden eingesetzt werden. Die nächsten Schritte werden ferner Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Verwaltung von Beschlagnahmen und anderen Zwangsmaßnahmen sowie von digitalen Beweismitteln umfassen.

⁵² Die übermittelten Daten zur Bestechung umfassen 57 gemeldete Fälle der Annahme von Bestechungsgeldern, 79 gemeldete Fälle des Anbietens von Bestechungsgeldern und 10 gemeldete Fälle von unerlaubter Einflussnahme sowie fahrlässiger Finanzierung von Bestechung (insgesamt 146 gemeldete Fälle).

Zusammenhang mit Bestechungen eingeleitet, und es kam zu 26 Verurteilungen, darunter vier mit Freiheitsstrafen⁵³.

Auslandsbestechung wurde als ein Korruptionsrisikobereich hervorgehoben. Obwohl Schweden ein internationales Ausfuhrland mit einem der höchsten Anteile an multinationalen Unternehmen pro Einwohner ist, wurde die Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Auslandsbestechung als mäßig eingestuft⁵⁴. Das Gesetz über Geldstrafen für Unternehmen wurde 2019 überarbeitet⁵⁵. Neben den Voraussetzungen der beiderseitigen Strafbarkeit und der Unternehmenshaftung stellt auch die Verjährung ein Hindernis für die wirksame Verfolgung von im Ausland begangenen Bestechungshandlungen in Schweden dar⁵⁶. Dies kann insbesondere dann eine Herausforderung sein, wenn Ermittlungen zu im Ausland begangener Auslandsbestechung von der Beweiserhebung in einem anderen Land und der Rechtshilfe durch internationale Zusammenarbeit abhängen⁵⁷. Das gemeinnützige schwedische Institut für Korruptionsbekämpfung hat seinen unverbindlichen Verhaltenskodex für Unternehmen, eine Selbstregulierungsinitiative zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption, im Jahr 2020 überarbeitet⁵⁸. Der Kodex richtet sich an den privaten Sektor, einschließlich seiner Beziehung zum öffentlichen Sektor⁵⁹.

Lobbying bleibt in Schweden unreguliert. Es gibt keine spezifische Verpflichtung für Entscheidungsträger, Kontakte mit Interessenvertretern in einem „legislativen Fußabdruck“ proaktiv offenzulegen, um Informationen darüber zu veröffentlichen, wer versucht hat, welche Gesetzesvorschläge mit welchen Ressourcen zu beeinflussen. Lobbyisten und Interessenvertreter sind nicht verpflichtet, sich in ein Lobbyregister einzutragen bzw. ihre Kunden oder finanzielle Informationen im Zusammenhang mit ihrer Lobbytätigkeit offenzulegen⁶⁰. Insgesamt bleiben jedoch die Offenlegung von Informationen gegenüber der

⁵³ Schwedisches Institut für Korruptionsbekämpfung (2020), Verurteilungen aufgrund von Bestechung in Schweden 2020.

⁵⁴ OECD (2019), Sweden must urgently implement reforms to boost the fight against bribery (Schweden muss dringend Reformen umsetzen, um den Kampf gegen die Bestechung zu verstärken), Transparency International (2020), Exporting Corruption (Ausfuhr von Korruption), S. 13 und 110; demzufolge wurden im Zeitraum 2016–2019 elf Ermittlungen aufgenommen, zwei Verfahren eingeleitet und ein Verfahren mit Sanktionen abgeschlossen.

⁵⁵ Nach schwedischem Recht können Einzelpersonen, die Auslandsbestechung begehen, strafrechtlich verfolgt und bestraft werden, wohingegen Unternehmen nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Dennoch kann eine Geldstrafe für Unternehmen als rechtliche Folge einer Straftat (und nicht als verwaltungs- oder strafrechtliche Sanktion) verhängt werden. Eine Geldstrafe für Unternehmen kann für Auslandsbestechung, die von einem einzelnen Unternehmensvertreter oder -mitarbeiter in Ausübung der Geschäftstätigkeit dieses Unternehmens begangen wurde, erlassen werden. Siehe oben.

⁵⁶ Informationen der Staatsanwaltschaft, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

⁵⁷ Informationen der Staatsanwaltschaft, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

⁵⁸ Schwedisches Institut für Korruptionsbekämpfung (2020), Kodex für Geschenke, Prämien und andere Vorteile in geschäftlichen Beziehungen.

⁵⁹ Der Kodex ergänzt die Gesetzgebung und vervollständigt und präzisiert die strafrechtlichen Bestimmungen. Er liefert konkrete Beispiele für den ethisch vertretbaren Umgang mit konkreten Alltagssituationen. Im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholte Informationen.

⁶⁰ Siehe Fünfte Evaluierungsrunde der GRECO, Evaluierungsbericht, S. 14.

Öffentlichkeit, die Transparenz und der Zugang zu Informationen die Eckpfeiler in Schwedens Ansatz zur Korruptionsprävention⁶¹.

Ein neues Gesetz über den Drehtüreffekt für den Obersten Rechnungshof wurde angenommen. Die im Jahr 2020 angenommenen Vorschriften für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Dienst legen Beschränkungen für hochrangige Beamte der Finanzaufsichtsbehörde fest, einschließlich des Generalrechnungsprüfers, des stellvertretenden Generalrechnungsprüfers und des amtierenden Generalrechnungsprüfers. Der persönliche Geltungsbereich der geltenden Vorschriften zum Drehtüreffekt wurde dadurch von leitenden Exekutivfunktionen in der Regierung (einschließlich Ministern, Kabinettsmitgliedern und Staatssekretären, die in andere Organisationen als die Regierung oder den öffentlichen Sektor wechseln) auf leitende Angestellte in Schwedens Finanzaufsichtsbehörde ausgeweitet⁶². Nichtsdestotrotz bleiben der Geltungsbereich und die Wirkung der schwedischen Vorschriften für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Dienst insgesamt begrenzt, da nur ein Fall im Rahmen der im Jahr 2018 angenommenen geltenden Vorschriften zum Drehtüreffekt gemeldet wurde⁶³.

Die Richtlinien zu Offenlegungen von Vermögenswerten wurden geändert, um Belege zu den erklärten Informationen hinzufügen zu können. Laut der aktuellen Gesetzgebung zu Offenlegungen von Vermögenswerten⁶⁴ müssen Minister und bestimmte Beamte in Behörden, Gemeinden und Regionen über den Besitz von Finanzinstrumenten Bericht erstatten. Gemäß den Richtlinien müssen die von Ministern und bestimmten Beamten der Regierungsbehörden eingereichten Erklärungen durch Belege, wie z. B. offizielle Erklärungen von einer Bank oder einem Börsenmakler, gestützt werden⁶⁵. Diese Maßnahme zielt darauf ab, die Überprüfung der Richtigkeit der angegebenen Informationen zu erleichtern. Die Regierungsstellen überprüfen und vergleichen die Erklärungen mit den erhaltenen Belegen, führen aber keine weitere Überprüfung der Vollständigkeit der Informationen durch und stellen auch keine Nachforschungen an⁶⁶.

Schweden hat seine Vorschriften zum Schutz von Hinweisgebern überprüft, und zieht ein eigenständiges Gesetz in Erwägung. Die unabhängige Untersuchung der Regierung legte ihren Abschlussbericht im Juni 2020 vor und schlug die Annahme eines neuen Gesetzes vor⁶⁷, das das bestehende Gesetz über den besonderen Schutz von Arbeitnehmern vor

⁶¹ Siehe auch Abschnitt III des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 10.

⁶² Gesetz (2020:537) über Beschränkungen beim Übergang von Wirtschaftsprüfern und höheren Finanzprüfern zu anderen Tätigkeiten (Lag (2020: 537) om restriktioner vid en riksrevisors och en riksrevisionsdirektörs övergång till annan verksamhet).

⁶³ Informationen der Agentur für öffentliche Verwaltung, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

⁶⁴ Gesetz (2018:1625) über die Meldepflichten bestimmter Beamter in Bezug auf den Besitz von Finanzinstrumenten und Verordnung (2018:2014) über die Verpflichtung bestimmter Beamter zur Berichterstattung über den Besitz von Finanzinstrumenten. Diese Gesetzgebung gilt nicht für das Parlament.

⁶⁵ Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 10.

⁶⁶ Vgl. auch Fünfte Evaluierungsrunde der GRECO – Evaluierungsbericht, Schweden, S. 21.

⁶⁷ Schwedische Regierung (2020), Improving the safety of whistleblowers (Verbesserung der Sicherheit von Hinweisgebern). Bericht über die Untersuchung der Umsetzung der Richtlinie für Hinweisgeber. Die schwedische Regierung hat keine Entscheidung darüber getroffen, ob ein neues Gesetz vorgeschlagen werden soll.

Repressalien bei Hinweisen auf schwerwiegende Unregelmäßigkeiten⁶⁸ aus dem Jahr 2016 ersetzen soll. Die neuen Vorschriften, die am 1. Dezember 2021 in Kraft treten sollen, würden die derzeitigen Anforderungen an den Schutz von Hinweisgebern ändern und sowohl Organisationen und Unternehmen des öffentlichen als auch des privaten Sektors einbeziehen. Alle größeren Unternehmen des privaten Sektors wären verpflichtet, sichere interne Meldewege für die Berichterstattung von Hinweisgebern einzurichten⁶⁹.

Die Transparenz der Finanzierung politischer Parteien ist weitgehend gewährleistet. Nach dem Gesetz über die Transparenz der Finanzierung politischer Parteien⁷⁰ sind nationale, kommunale und lokale politische Parteien verpflichtet, die Quelle ihrer Einnahmen, nicht aber ihre Ausgaben gegenüber der Agentur für Rechts-, Finanz- und Verwaltungsdienstleistungen offenzulegen. Die Agentur veröffentlicht die Finanzberichte zeitnah jeweils im Juli für das vergangene Jahr⁷¹. Bei mangelnder Offenlegung der Einnahmen drohen Geldstrafen von bis zu rund 9 800 EUR (100 000 SEK). Das Parlament hat eine Obergrenze für anonyme Spenden pro Spender von rund 230 EUR (2325 SEK) angenommen⁷². Die Spenden von Privatpersonen müssen offengelegt werden, werden aber nicht veröffentlicht. Die Einnahmen der politischen Parteien in Schweden stammen jedoch größtenteils aus staatlichen Förderungen, die die Parteien auf der Grundlage ihres Ergebnisses bei den beiden vorangegangenen Wahlen erhalten.

Die Regierung hat im Dezember 2020 einen Bericht über Kriminalität, einschließlich korruptionsbezogener Kriminalität, im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie veröffentlicht. In der Analyse werden Bereiche hervorgehoben, in denen das Risiko eines Missbrauchs von COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen und -Regelungen, die von der Regierung und dem Parlament angenommen wurden, besteht bzw. ein tatsächlicher Missbrauch vorliegt⁷³. In dem Bericht wird nicht speziell auf wahrgenommene Korruptionsrisiken eingegangen. Es werden Herausforderungen bei der Bekämpfung korruptionsbezogener Kriminalität hervorgehoben, einschließlich des Mangels an Ermittlungen und strafrechtlicher Verfolgung von Betrugsdelikten gegenüber dem Sozialsystem aufgrund von begrenzten Ressourcen und anderen Prioritäten. Darüber hinaus hat die nationale Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen ein Dokument mit Leitlinien zu den Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen veröffentlicht, die während der COVID-19-Pandemie gelten, einschließlich Änderungen der

⁶⁸ Gesetz (2016:749) zum besonderen Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen für Mitarbeiter, die schweres Fehlverhalten melden.

⁶⁹ Für Unternehmen mit 50 bis 249 Mitarbeitern gilt ab dem 1. Dezember 2023 die Pflicht zur Einrichtung interner Berichtswege. Alle anderen Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern werden ab dem 1. Juli 2022 dazu verpflichtet.

⁷⁰ Gesetz (2018:90) über die Transparenz der Finanzierung von Parteien.

⁷¹ Agentur für Rechts-, Finanz- und Verwaltungsdienstleistungen, Umsatzberichte <https://www.kammarkollegiet.se/vara-tjanster/partiinsyn/redovisa-intakter>.

⁷² Jeder Betrag, der diesen Betrag übersteigt, muss an den Spender oder den schwedischen Staat erstattet werden.

⁷³ Die Regierungsstellen (Justizminister) haben eine Einmann-Kommission ernannt, die eine Analyse der Fähigkeit der Gesellschaft, sich gegen Kriminalität zu wehren, durchführen soll, insbesondere gegen organisierte und systematische Kriminalität, die mit den von der Regierung und dem Riksdag als Folge der COVID-19-Pandemie angenommenen neuen Vorschriften und Maßnahmen mit Folgen für die öffentlichen Finanzen und die Wirtschaft verbunden sein könnte. Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 12.

Vertragsbedingungen⁷⁴. Darüber hinaus müssen seit dem 1. Januar 2021 alle öffentlichen Beschaffungen in speziellen nationalen Datenbanken registriert und veröffentlicht werden, die die Einträge an eine zentrale Behörde melden, um die Erfassung von Statistiken zum öffentlichen Auftragswesen in Schweden zu verbessern⁷⁵. Das neue Gesetz unterstützt die Überwachung und Aufdeckung von Angebotsabsprachen bei der öffentlichen Auftragsvergabe und anderer schwerwiegender Unregelmäßigkeiten in Zeiten der COVID-19-Pandemie und darüber hinaus⁷⁶.

III. MEDIENPLURALISMUS UND MEDIENFREIHEIT

Der schwedische Rechtsrahmen bezüglich des Medienpluralismus ist in der Verfassung⁷⁷ und im Sekundärrecht⁷⁸ festgelegt. Die Meinungsfreiheit wird insbesondere durch das Grundgesetz über die freie Meinungsäußerung und das Gesetz über die Pressefreiheit garantiert. Die schwedische Medienaufsicht, die Presse- und Rundfunkbehörde (Myndigheten för press, radio och tv), arbeitet gemäß der Verfassung⁷⁹ und dem Rundfunk- und Fernsehgesetz, das kürzlich geändert wurde, um die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie)⁸⁰ umzusetzen.

Schweden hat weitere gesetzliche Schutzmaßnahmen für die Unabhängigkeit der Medienregulierungsbehörde verstärkt und ihre Ressourcen aufgestockt⁸¹. Die Änderungen des Radio- und Fernsehgesetzes zur Umsetzung der AVMD-Richtlinie traten am 1. Dezember 2020 in Kraft und brachten einige Neuerungen für die Presse- und Rundfunkbehörde. Dazu gehören Bestimmungen, die festlegen, dass ein Mitglied des Parlaments, der Regierung oder ein Angestellter der Regierungsstellen nicht als Mitglied der Rundfunkkommission ernannt werden kann⁸². Darüber hinaus wurden mit der Reform Bestimmungen eingeführt, die die Unabhängigkeit der Rundfunkkommission stärken, indem präzisiert wird, dass die Mitglieder der Rundfunkkommission für eine Amtszeit von vier

⁷⁴ Nationale Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen, Beschaffung in Notlagen, <https://www.upphandlingsmyndigheten.se/regler-och-lagstiftning/akuta-situationer>.

⁷⁵ Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 10.

⁷⁶ Das öffentliche Beschaffungswesen in Schweden umfasst sowohl öffentliche als auch private Stellen als Käufer und wird durch das schwedische Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen für den öffentlichen Sektor, das Gesetz über das Beschaffungswesen für Versorgungsunternehmen für die Bereiche Wasser, Verkehr, Energie und Postdienste und das Gesetz über das Beschaffungswesen für Konzessionen für Bau- und Dienstleistungskonzessionen geregelt. Die Überwachung des öffentlichen Beschaffungswesens erfolgt durch den Obersten Rechnungshof als oberste Aufsichtsbehörde für öffentliche Ausgaben in Schweden. Der Oberste Rechnungshof führt externe Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung von Vorschriften durch und versorgt das Parlament mit Informationen und Empfehlungen über die Verwendung öffentlicher Mittel.

⁷⁷ Die schwedische Verfassung besteht aus vier Grundgesetzen: dem Gesetz über die Regierungsform (Regeringsformen), dem Thronfolgegesetz (Successionsordningen), dem Gesetz über die Pressefreiheit und, insbesondere in Bezug auf die Schwedische Rundfunkkommission, dem Grundgesetz über die freie Meinungsäußerung.

⁷⁸ Rundfunk- und Fernsehgesetz.

⁷⁹ Relevante Teile der Verfassung: das Gesetz über die Regierungsform und das Grundgesetz über die freie Meinungsäußerung.

⁸⁰ Schweden belegt im World Press Freedom Index 2021 von Reporter ohne Grenzen den dritten Rang (Platz 2 unter den EU-Mitgliedstaaten), verglichen mit Platz 4 im letzten Jahr. <https://rsf.org/en/ranking#>

⁸¹ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 8.

⁸² Die Rundfunkkommission ist ein Entscheidungsgremium innerhalb der schwedischen Presse- und Rundfunkbehörde. Kapitel 16 Abschnitt 14 des Hörfunk- und Fernsehgesetzes.

Jahren ernannt werden⁸³, wodurch die Personalfluktuation sichergestellt wird, und dass der Leiter der Behörde für eine feste Amtszeit von sechs Jahren ernannt wird⁸⁴. In der Ausgabe des Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021 (MPM 2021)⁸⁵ wird ein sehr geringes Risiko in Bezug auf die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der schwedischen Medienaufsicht bestätigt. Das Budget der Presse- und Rundfunkbehörde für 2021 wurde um rund 341 000 EUR (3,5 Mio. SEK) erhöht, was einer Erhöhung von etwa 8 % entspricht⁸⁶. Die Behörde schätzte dieses Budget als ausreichend ein, um die neuen Aufgaben abzudecken, die sich aus der überarbeiteten AVMD-Richtlinie ergeben.

Das schwedische Rechtssystem sieht keine spezifischen Vorschriften für die Transparenz der Eigentumsverhältnisse in den Medien vor. Der Rahmen beruht auf den allgemeinen Regeln des sogenannten Transparenzgesetzes und des Wettbewerbsgesetzes. Laut dem MPM 2021 weist die Transparenz der Eigentumsverhältnisse in den Medien aufgrund des Fehlens spezifischer Gesetze ein mittleres Risiko auf⁸⁷. Das derzeitige System ermöglicht es den schwedischen Behörden, Informationen über die Eigentumsverhältnisse in den Medien zu erhalten, diese Informationen sind für die Öffentlichkeit jedoch nicht leicht zugänglich⁸⁸. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der AVMD-Richtlinie ist die Regierung zu der Einschätzung gelangt, dass die spezifischen Anforderungen an die Transparenz der Eigentumsverhältnisse in den Medien weiter analysiert werden sollten⁸⁹. Ein möglicher Vorschlag, der sich mit diesem Thema befasst, wird derzeit innerhalb der Regierung erörtert⁹⁰.

Die Probleme für Journalisten im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie werden vor allem als Erschwernisse wirtschaftlicher Natur wahrgenommen und betreffen insbesondere freiberufliche Journalisten und lokale Medien. Der Werbeumsatz des Mediensektors ist im Vergleich zu 2019 um 5 % gesunken, der größte Rückgang seit der Finanzkrise 2008⁹¹. Wie aus dem MPM 2021 hervorgeht, waren die größten Einschnitte bei freien Journalisten und Journalisten ohne Festanstellung zu verzeichnen. Die Regierung hat Mittel für den Mediensektor bereitgestellt, um einen Rückgang der Werbeeinnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen auszugleichen. In der ersten Phase der Pandemie, April bis Juni 2020, wurden 9,81 Mio. EUR (100 Mio. SEK) bereitgestellt, um die Fortsetzung des Vertriebs von gedruckten Zeitungen zu unterstützen⁹². Ferner hat die Regierung Vorauszahlungen von Erzeugersubventionen für die

⁸³ Abschnitt 30 des Hörfunk- und Fernsehgesetzes.

⁸⁴ Die Amtszeit kann verlängert werden. Abschnitt 29 des Hörfunk- und Fernsehgesetzes.

⁸⁵ Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021, Länderbericht Schweden, S. 9.

⁸⁶ Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 19.

⁸⁷ Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021, Länderbericht Schweden, S. 11.

⁸⁸ Im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholte Informationen.

⁸⁹ Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 24.

⁹⁰ Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 24.

⁹¹ In the wake of the pandemic, IRM records the largest decline in Nordic ad sales since the financial crisis (Im Zuge der Pandemie verzeichnet das Institut für Werbe- und Medienstatistik den größten Rückgang der skandinavischen Werbeumsätze seit der Finanzkrise), <https://www.irm-media.se/se/aktuell/nyheter/in-the-wake-of-the-pandemic-irm-records-the-largest-decline-in-nordic-ad-sales-since-the-financial-crisis/>.

⁹² Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Erfassung von COVID-19-Maßnahmen im audiovisuellen Sektor (Teil 2), <https://www.obs.coe.int/en/web/observatoire/covid-19-d#anchorSweden>.

Presse freigegeben. Im Herbst 2020 wurden weitere 49 Mio. EUR (500 Mio. SEK) zur Unterstützung von Redaktionskosten im breiteren Nachrichtenmediensektor bereitgestellt⁹³.

Schweden verfügt über ein solides Rahmenwerk für den Zugang zu Informationen⁹⁴.

Die Fristen für die Beschaffung von Informationen sind kurz, es gibt nur wenige Informationsverweigerungen, und die Einhaltung der Vorschriften durch die Behörden ist hoch. Das Gesetz über den Zugang zu Informationen⁹⁵ sieht jedoch keinen Zugang zu Informationen in digitalem Format vor, und ein solcher Zugang hat sich in der Praxis laut den Interessenträgern mitunter als schwierig erwiesen⁹⁶. Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie gab es dem MPM 2021 zufolge einige Fälle, in denen örtliche Behörden Gesundheits- und Pflegepersonal aus älteren Einrichtungen davon abgehalten haben, Journalisten Informationen zur Verfügung zu stellen⁹⁷.

Fehlende Festanstellungen, Bedrohungen und Belästigungen stellen für Journalisten eine Herausforderung dar.

Im Allgemeinen zählen die Bedingungen, unter denen die schwedischen Journalisten arbeiten, im weltweiten Vergleich zu den besten⁹⁸. Dennoch gibt es, wie aus dem MPM 2021 hervorgeht, einige Probleme in Bezug auf den Schutz von Journalisten: Ein Drittel der Journalisten ist ohne feste Anstellung, und die jüngsten Ergebnisse einer Erhebung zeigen, dass 30 Prozent der schwedischen Journalisten, die Auskunft gegeben haben, im vergangenen Jahr Drohungen erhalten haben. Am weitesten verbreitet sind Androhungen körperlicher Gewalt. Der Journalistenverband und der Presseombudsmann berichten, dass viele Journalisten, insbesondere investigative Journalisten, Drohungen und Schikanen ausgesetzt sind, manchmal durch organisierte, gezielte Kampagnen. Wie in einer Studie dargelegt, führen Belästigungen oft dazu, dass einige Journalisten Selbstzensur betreiben oder die Berichterstattung über bestimmte Themen vermeiden⁹⁹. Seit Oktober 2020 wurden drei neue Warnungen auf der Plattform des Europarates zur Förderung des Schutzes des Journalismus und der Sicherheit von Journalisten¹⁰⁰ veröffentlicht. Sie betrafen die Belästigung und Einschüchterung von Journalisten, einschließlich des Falls zweier Journalisten, die wegen einer investigativen Dokumentation¹⁰¹ verfolgt wurden, sowie Angriffe auf die körperliche Sicherheit und

⁹³ Ministerium für Kultur (2021), Increased media and democracy support in the government budget (Erhöhte Medien- und Demokratieförderung im Staatshaushalt).

⁹⁴ Dem MPM 2020 zufolge sind der Zugang zu Informationen sowie Zugangsbeschränkungen aus Gründen des Schutzes der Privatsphäre und der Vertraulichkeit gesetzlich klar geregelt, und Interessenträger wie der schwedische Presseombudsmann sind der Auffassung, dass dieses Recht in der Praxis in vollem Umfang respektiert und gut umgesetzt wird.

⁹⁵ Schwedische Regierung (2016), The principle of public access to official documents (Der Grundsatz des öffentlichen Zugangs zu amtlichen Dokumenten).

⁹⁶ Im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholte Informationen.

⁹⁷ Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021, Länderbericht Schweden, S. 9 und Informationen des Ministeriums für Kultur, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

⁹⁸ Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021, Länderbericht Schweden, S. 9.

⁹⁹ Universität Lund (2020), About the project (Über das Projekt).

¹⁰⁰ Europarat, Plattform des Europarates zur Förderung des Schutzes des Journalismus und der Sicherheit von Journalisten – Schweden.

¹⁰¹ Der Warnung zufolge werden der Journalist Henrik Evertsson und der Kameramann Linus Andersson von den schwedischen Behörden wegen Verletzung des Grabfriedens der MS Estonia verfolgt. Sie produzierten eine Dokumentarreihe („Estonia – der Fund, der alles ändert“), die den Untergang der Kreuzfahrtfähre „MS Estonia“ untersucht.

Unversehrtheit von Journalisten. In allen Fällen haben die Behörden reagiert und die Ermittlungen dauern an. Der Presseombudsmann berichtet ferner von einem Anstieg der Beschwerden von Politikern und Geschäftsleuten gegen Journalisten sowie von einer steigenden Anzahl von Klagen gegen Journalisten. Drohungen und Hass der Öffentlichkeit gegen Journalisten scheinen während der COVID-19-Pandemie insbesondere in den sozialen Medien¹⁰² zugenommen zu haben .

Schweden unternimmt Schritte, um seine Rahmenbedingungen für den Schutz und die Aktivitäten von Journalisten weiter zu verbessern. Eine von der Regierung im Mai 2020 eingesetzte Einmann-Kommission prüft derzeit unter anderem den strafrechtlichen Schutz bestimmter, gesellschaftlich besonders relevanter Funktionen, einschließlich des Schutzes von Journalisten¹⁰³. Im Rahmen dieses Verfahrens wird voraussichtlich geprüft, ob die Redefreiheit durch weitere rechtliche Garantien geschützt werden muss. Der Abschlussbericht wird voraussichtlich im Januar 2022 veröffentlicht¹⁰⁴. Die nationale Polizeibehörde hat ferner einige Sensibilisierungskampagnen durchgeführt, um Journalisten zu helfen, die belästigt werden, und der Regierungsauftrag an das „Fojo Media Institute“, Unterstützungsmaßnahmen für Journalisten und Redakteure zu entwickeln, die Bedrohungen und Hass ausgesetzt sind, wobei freiberufliche Journalisten und lokale Medienunternehmen die Zielgruppen sind, wurde bis 2021 verlängert¹⁰⁵.

IV. SONSTIGE INSTITUTIONELLE FRAGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GEWALTENTEILUNG

Schweden ist eine parlamentarische Einkammer-Demokratie, in der ein Gesetzgebungsrat für die vorgelagerte Prüfung der Verfassungsmäßigkeit zuständig ist, während die Gerichte in konkreten Fällen eine nachgelagerte Prüfung der Verfassungsmäßigkeit vornehmen können. Der Verfassungsausschuss des Parlaments bereitet Angelegenheiten vor, die die schwedischen Grundgesetze und andere verfassungsrechtliche Fragen betreffen, und überprüft das Verhalten der Regierung. Legislativvorschläge können von Mitgliedern des Parlaments (Riksdag) oder von der Regierung vorgelegt werden, wobei in der Praxis die überwiegende Mehrheit der Vorschläge von der Regierung stammen. Der Justizkanzler, die Parlamentarischen Bürgerbeauftragten und der Gleichstellungsbeauftragte (Diskriminierungsombudsmann) spielen eine wichtige Rolle im schwedischen Gewaltenteilungssystem.

Um der Regierung zu ermöglichen, als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie restriktivere Maßnahmen zu ergreifen, wurden neue Gesetze angenommen. Die schwedische Verfassung sieht keinen Ausnahmezustand für Krisen in Friedenszeiten vor¹⁰⁶, und die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ergriffenen Maßnahmen erfolgten

¹⁰² Informationen, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden und bei Sveriges Radio (2021) eingeholt wurden, Pressure and anger has been directed at science journalists for their Corona reporting (Druck und Wut auf Wissenschaftsjournalisten wegen ihrer Corona-Berichterstattung).

¹⁰³ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 9.

¹⁰⁴ Der Einmann-Kommission wurde ein zusätzliches Mandat erteilt, wodurch sich die Frist für die Abgabe des Berichts verlängert.

¹⁰⁵ Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021, S. 21.

¹⁰⁶ Sie sieht einen Ausnahmezustand nur in Kriegssituationen vor.

daher meist in Form von Empfehlungen der Gesundheitsbehörde¹⁰⁷. Im April 2020 wurde zwar ein befristetes Gesetz angenommen, das es der Regierung ermöglichte, Maßnahmen per Verordnung zu ergreifen, es wurden jedoch keine Maßnahmen in diesem Rahmen ergriffen und das Gesetz lief im Juni 2020 aus¹⁰⁸. Um es der Regierung zu ermöglichen, Verordnungen mit restriktiveren Maßnahmen anzunehmen, traten am 10. Januar 2021 neue gesetzliche Bestimmungen¹⁰⁹ in Kraft. Im Falle besonders restriktiver Maßnahmen müssen solche Verordnungen innerhalb einer Woche nach ihrer Annahme dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden¹¹⁰. Diese Gesetzgebung gilt bis zum 30. September 2021. Obwohl der Vorschlag eine Konsultation der Interessenträger sowie eine Prüfung durch den Gesetzgebungsrat und den Verfassungsausschuss durchlief, wurde der kurze Zeitrahmen für diesen Prozess kritisiert¹¹¹. Der Verfassungsausschuss hob insbesondere den Mangel an Vorausplanung hervor¹¹². Im Zusammenhang mit den breiteren Diskussionen über die verfassungsmäßigen Beschränkungen der Möglichkeiten der Regierung, restriktive Maßnahmen zu ergreifen¹¹³, hat der Premierminister angekündigt, dass ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden soll, der die Notwendigkeit einer Überarbeitung von Kapitel fünfzehn der Verfassung im Hinblick auf die Einführung von Ausnahmeständen zur Bewältigung von Krisensituationen in Friedenszeiten, einschließlich Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, prüfen soll¹¹⁴.

Die im Rahmen der COVID-19-Pandemie ergriffenen Maßnahmen der Regierung waren Gegenstand einer besonderen Prüfung. Der Verfassungsausschuss prüft den Umgang der Regierung mit der COVID-19-Pandemie aus einer umfassenderen

¹⁰⁷ Darüber hinaus gibt es auch verfassungsrechtliche Beschränkungen für Maßnahmen, die die Grundfreiheiten, wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, einschränken. Agentur für Grundrechte (2021): Coronavirus COVID-19 outbreak in the EU – Fundamental Rights Implications (Coronavirus-Ausbruch (COVID-19) in der EU – Auswirkungen auf die Grundrechte) – Schweden (Bulletin 1, 2 und 3).

¹⁰⁸ Beitrag aus Schweden zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, S. 26 und Informationen, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

¹⁰⁹ Gesetz (2021:4) über besondere Beschränkungen zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 (lagen [2021:4] om särskilda begränsningar för att förhindra spridning av sjukdomen covid-19).

¹¹⁰ Dazu gehört z. B. die Stilllegung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder die Sperrung von Veranstaltungsorten. Im ursprünglichen Vorschlag hatte diese Frist einen Monat betragen. Diese wurde nach der Konsultation der Interessenträger und den Kommentaren des Gesetzgebungsrates, der eine Woche für angemessener hielt, gekürzt. Gesetzgebungsrat (2020), Auszug aus dem Protokoll der Sitzung vom 30.12.2020. Ferner hat der Verfassungsausschuss in seiner Stellungnahme betont, dass eine Woche die Höchstfrist sein sollte und die Verordnungen in jedem Fall so schnell wie möglich eingereicht werden sollten. Verfassungsausschuss (2021), A temporary COVID law (Ein vorläufiges COVID-Gesetz) – Stellungnahme 2020/21 KU6y.

¹¹¹ Siehe z. B. die Kommentare in den Stellungnahmen des Verfassungsausschusses und des Gesetzgebungsrates. Der Vorschlag wurde am 28. Dezember 2020 dem Gesetzgebungsrat und anschließend am 4. Januar 2021 dem Parlament vorgelegt, das ihn am 8. Januar annahm.

¹¹² Da Befugnisübertragungen an Gemeindeverwaltungen zur Ergreifung von Maßnahmen zur Einschränkung bestimmter Grundfreiheiten vorgesehen sind, wurde ferner betont, dass es wichtig ist, dass die Regierung die Überwachung solcher Einschränkungen gewährleistet. Verfassungsausschuss (2021), A temporary COVID law (Ein vorläufiges COVID-Gesetz) – Stellungnahme 2020/21 KU6y. Siehe auch Verfassungsausschuss (2021), The Committee’s review of the Government is complete (Die Überprüfung der Regierung durch den Ausschuss ist abgeschlossen).

¹¹³ Siehe z. B. Beitrag des schwedischen Obersten Gerichtshofs zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

¹¹⁴ Schwedische Regierung (2020), Digitale Pressekonferenz mit dem Premierminister vom 22. Dezember 2020.

verfassungsrechtlichen Perspektive¹¹⁵ und legte am 3. Juni 2021 einen Bericht darüber vor¹¹⁶. In sechs der vom Ausschuss untersuchten Fälle im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie stellte er Unzulänglichkeiten in der Handhabung durch die Regierung fest und bekräftigte zudem die Kritik im Zusammenhang mit dem Vorbereitungsverfahren für den neuen Rechtsrahmen für Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 (siehe oben). Darüber hinaus hat die unabhängige Kommission, die im Juni 2020 mit der Untersuchung des Vorgehens der Regierung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie beauftragt worden war, am 15. Dezember 2020 einen ersten Zwischenbericht vorgelegt¹¹⁷ und wird ihre endgültigen Ergebnisse bis Februar 2022 präsentieren¹¹⁸. Die im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ergriffenen Maßnahmen wurden ferner von den Parlamentarischen Bürgerbeauftragten auf der Grundlage eingegangener Beschwerden überprüft¹¹⁹, während das Oberste Verwaltungsgericht berichtet, dass es bisher keine derartigen Fälle überprüft hat¹²⁰.

Die internen Regelungen des Parlaments wurden an den Kontext der COVID-19-Pandemie angepasst, und die Gesetzgebung wurde beschleunigt behandelt. Um das weitere Funktionieren des Parlaments während der COVID-19-Pandemie zu gewährleisten, wurde eine Reihe von Verfahrensregeln angepasst, darunter eine Vereinbarung zwischen den politischen Parteien, die es erlaubt, Abstimmungen mit einer reduzierten Anzahl von teilnehmenden Mitgliedern durchzuführen, und die im März 2020 beschlossen wurde¹²¹, sowie eine neue Gesetzgebung zur Fernteilnahme an Ausschusssitzungen, die im Juni 2020 in Kraft trat¹²². Es gibt zwar kein formelles beschleunigtes Verfahren, aber auf Wunsch der Regierung ermöglicht die Flexibilität innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens eine zügige Annahme von Gesetzen, z. B. durch die Verkürzung der Beratungszeit in den Ausschüssen und der Zeit, die den Mitgliedern des Parlaments zur Einreichung von Änderungsanträgen gewährt wird¹²³. Nach Angaben des Verfassungsausschusses hat die Regierung für etwa

¹¹⁵ Der Verfassungsausschuss führt jährlich eine allgemeine Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Verfahrensweisen bei der Handhabung von staatlichen Angelegenheiten durch die Regierung durch und übt damit die Kontrollfunktion des Parlaments aus, die in Kapitel 13 des Gesetzes über die Regierungsform verankert ist.

¹¹⁶ Verfassungsausschuss (2021), Bericht 2020/21:KU20.

¹¹⁷ Im Mittelpunkt des Berichts steht der Umgang mit der Altenpflege während der Pandemie, und es werden einige Unzulänglichkeiten in der Reaktion der Regierung aufgezeigt. Schwedische Regierung (2020), Interim Report of the Corona Commission – Elderly care during the pandemic (Zwischenbericht der Corona-Kommission – Altenpflege während der Pandemie).

¹¹⁸ Schwedische Regierung (2020), Evaluation of measures to deal with the outbreak of the virus that causes covid-19 disease (Bewertung der Maßnahmen zum Umgang mit dem Ausbruch des COVID-19-Erregers).

¹¹⁹ Siehe z. B. Parlamentarischer Bürgerbeauftragter (2020), Stellungnahme zum Memorandum des COVID-19-Gesetzes (S2020/09214), in der ähnliche Punkte hervorgehoben werden wie vom Gesetzgebungsrat und vom Verfassungsausschuss.

¹²⁰ Informationen, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden und von ACA-Europe eingeholt wurden (2021), Survey on the Supreme Administrative Courts in times of COVID-19 crisis – a lesson learned (Erhebung über die Obersten Verwaltungsgerichte in Zeiten der COVID-19-Krise – eine wichtige Erfahrung (in Vorbereitung)).

¹²¹ Damit wird möglich, dass lediglich 55 Mitglieder des Parlaments (verteilt auf die Parteien im Verhältnis zur Gesamtzahl der Sitze) bei Abstimmungen physisch anwesend sind. Vereinbarung über die Arbeit der Kammer und der Ausschüsse im Zusammenhang mit der Verbreitung von COVID-19.

¹²² Riksdag (2020), Remote participation at committee meetings and the EU committee (Fernteilnahme an Ausschusssitzungen und dem EU-Ausschuss).

¹²³ Riksdag, This is how the Riksdag works: decides on laws (So arbeitet der Riksdag: Annahme von Gesetzen).

20 Gesetzentwürfe im Jahr 2020 ein beschleunigtes Verfahren im Parlament beantragt¹²⁴. Obgleich die Interessenträger das Gesetzgebungsverfahren im Allgemeinen als inklusiv begrüßen, wurden die kurzen Fristen für die Konsultation zu verschiedenen Gesetzesvorschlägen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie hervorgehoben¹²⁵. Diese Angelegenheit wird der Verfassungsausschuss auch in seiner Untersuchung des Verhaltens der Regierung im Umgang mit der COVID-19-Pandemie berücksichtigen. Darüber hinaus wurde eine parlamentarische Untersuchung der Arbeitsweise des Parlaments während der COVID-19-Pandemie eingeleitet, deren Ergebnisse im Herbst 2021 erwartet werden¹²⁶.

Das Parlament hat einen Vorschlag zur Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution im Einklang mit den Pariser Grundsätzen der VN angenommen. Schweden hat im Rahmen der Universellen Periodischen Überprüfung der Vereinten Nationen wiederholt Empfehlungen erhalten, zuletzt im Jahr 2020, eine nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) in Übereinstimmung mit den Pariser Grundsätzen einzurichten¹²⁷. Derzeit fungiert der mit B-Status akkreditierte Gleichstellungsbeauftragte als NMRI¹²⁸. Am 9. Juni 2021 nahm das Parlament einen Vorschlag der Regierung zur Schaffung einer NMRI in Übereinstimmung mit den Pariser Grundsätzen an, die im Januar 2022 ihre Arbeit aufnehmen wird¹²⁹. Die Institution soll ein umfassendes Mandat in Bezug auf die Menschenrechte erhalten und bei der Festlegung ihrer Aufgaben und Struktur im Rahmen des gesetzlich festgelegten Mandats unabhängig sein. Die institutionelle Struktur wurde von den Interessenträgern begrüßt¹³⁰. Die Institution soll von einem Vorstand geleitet werden, der sich aus sieben Mitgliedern zusammensetzt, die einen Direktor als Leiter der Institution ernennen. Interessenträger, darunter das Europäische Netzwerk nationaler Menschenrechtsinstitutionen¹³¹, hatten einige Bedenken hinsichtlich der Unverbindlichkeit der Vorschläge der benannten Institutionen in Bezug auf die Bewerber für die von der Regierung zu ernennenden Mitglieder des Vorstands geäußert¹³². Die Regierung ist der

¹²⁴ Im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholte Informationen.

¹²⁵ Beitrag von Civil Rights Defenders für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 (als Teil des Beitrags der Civil Liberties Union for Europe) und Informationen, die im Rahmen des Länderbesuchs in Schweden eingeholt wurden.

¹²⁶ Riksdag (2020), Constitution Committee proposes follow-up of the Riksdag's work during the corona pandemic (Der Verfassungsausschuss schlägt vor, die Arbeit des Riksdag während der COVID-19-Pandemie zu untersuchen).

¹²⁷ Darüber hinaus erhielt Schweden die Empfehlung, eine Ausweitung des Mandats des Gleichstellungsbeauftragten in Betracht zu ziehen und ausreichende Ressourcen bereitzustellen. VN-Generalversammlung (2020), Report of the Working Group on the Universal Peer Review – Sweden (Bericht der Arbeitsgruppe zur Universellen Periodischen Überprüfung – Schweden). Siehe auch den Beitrag des Regionalbüros für Menschenrechte der VN für Europa zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

¹²⁸ Siehe Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 11–12, auch in Bezug auf frühere Schritte in diesem Prozess.

¹²⁹ Schwedische Regierung (2021), Institut für Menschenrechte.

¹³⁰ Gemeinsamer Beitrag von Organisationen der Zivilgesellschaft in Altinget (2021), Do not make party politics out of human rights (Aus den Menschenrechten darf keine Parteipolitik gemacht werden); Beitrag der schwedischen Abteilung des Internationalen Ausschusses der Juristen und Bürgerrechtsverteidiger zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

¹³¹ European Network of National Human Rights Institutions, Betreffend die Konsultation über den Vorschlag für die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution in Schweden (Ds 2019:4).

¹³² Die Regierung muss (unverbindliche) Vorschläge für Bewerber von der Anwaltskammer, den Universitäten und Hochschulen sowie dem Obersten Rat des Instituts einholen.

Ansicht, dass die im Gesetz festgelegten Qualifikationskriterien ausreichende Sicherheiten bieten¹³³. Zusätzlich zu diesem Prozess läuft die Untersuchung des Parlaments bezüglich der Funktionsweise und des Mandats der Parlamentarischen Bürgerbeauftragten, die im Mai 2022 ihre Ergebnisse liefern wird¹³⁴.

Die Überprüfung der Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen, demokratische Grundsätze einzuhalten, um Zugang zu staatlichen Fördermitteln zu erhalten, dauert an. Derzeit sind in einer Reihe von staatlichen Finanzhilfeverordnungen für zivilgesellschaftliche Organisationen „demokratische Anforderungen“ festgelegt, die von den Empfängern staatlicher Finanzhilfen die Einhaltung von Bedingungen zu demokratischen Grundsätzen verlangen, die denen des Gesetzes über die Regierungsform ähneln¹³⁵. Diese Kriterien und ihre Anwendung sind jedoch nicht immer transparent oder kohärent¹³⁶. Im Jahr 2018 wurde eine Untersuchung eingeleitet, um die bestehenden demokratischen Anforderungen und die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft und die Behörden bei deren Anwendung zu überprüfen und einheitliche demokratische Anforderungen vorzuschlagen. Obgleich der Untersuchungsbericht im Jahr 2019 präsentiert und anschließend eine Konsultation der Interessenträger durchgeführt wurde¹³⁷, hat die Regierung bisher keinen Gesetzentwurf vorgelegt. Im November 2020 leitete sie eine Sonderuntersuchung ein, um praktische Fragen im Zusammenhang mit dem Umgang mit personenbezogenen Daten in diesem Kontext zu prüfen und den Bedarf und die Bedingungen für die Einrichtung einer Funktion zu ermitteln, die die Behörden, die staatliche Finanzhilfen gewähren, bei der Bewertung von Organisationen unterstützt, die eine Förderung beantragen¹³⁸. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden bis Ende Dezember 2021 erwartet. Während die Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen dem Ziel zustimmen, die „demokratischen Anforderungen“ zu präzisieren, haben sie ferner die Notwendigkeit betont, die Auswirkungen auf den Zugang der Zivilgesellschaft zu

¹³³ Der Vorschlag sieht vor, dass die Mitglieder des Ausschusses über Fachwissen auf dem Gebiet der Menschenrechte verfügen und jeweils mindestens zwei von ihnen über qualifizierte Erfahrungen in den drei Bereichen i) der Zivilgesellschaft, ii) der Justiz und der Anwaltschaft und iii) der Forschung und Wissenschaft verfügen. Siehe auch Schwedische Regierung (2021), Gesetzesvorlage der Regierung 202/21:143 – Institut für Menschenrechte, S. 39.

¹³⁴ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden, S. 12.

¹³⁵ Kapitel 1, Abschnitt 2 des Gesetzes über die Regierungsform besagt, dass die Öffentlichkeit dafür eintreten muss, dass die Vorstellungen von Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft geschützt werden. Darüber hinaus sind in Kapitel 2, Abschnitt 1 die Grundrechte und -freiheiten festgelegt, die jeder Person gegenüber der Öffentlichkeit zugesichert werden.

¹³⁶ Das Mandat der Untersuchung sieht vor, dass sichergestellt werden soll, dass staatliche Mittel nur an Organisationen vergeben werden, die mit den Grundwerten der Verfassung übereinstimmen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass Organisationen das derzeitige System wegen mangelnder Transparenz und Rechtssicherheit kritisieren. Schwedische Regierung (2018), Committee terms of reference – democratic conditionality in government grants (Aufgabenbereich des Ausschusses – demokratische Auflagen für staatliche Finanzhilfen.).

¹³⁷ Schwedische Regierung (2018), The democracy conditions in state subsidies (Die demokratischen Bedingungen bei staatlichen Subventionen).

¹³⁸ Schwedische Regierung (2020), The Government is taking a new step towards stricter democratic conditions for state subsidies to civil society (Die Regierung unternimmt einen neuen Schritt in Richtung strengerer demokratischer Bedingungen für staatliche Subventionen für die Zivilgesellschaft).

Finanzmitteln sorgfältig zu prüfen¹³⁹. Während der COVID-19-Pandemie hat die Regierung zivilgesellschaftlichen Organisationen, die mit sozial schwachen, von der Pandemie besonders betroffenen Personen¹⁴⁰ arbeiten, zusätzliche Mittel¹⁴¹ zur Verfügung gestellt.

¹³⁹ Siehe z. B. die Antworten auf die Befassung SOU 2019:35 Demokratische Bedingungen für Beiträge zur Zivilgesellschaft von Civil Right Defenders und dem Nationalen Forum für Freiwilligenorganisationen.

¹⁴⁰ Schwedens zivilgesellschaftlicher Raum bleibt „offen“ – Bewertungen von Civicus, Schweden. Die Einstufung basiert auf einer fünfstufigen Skala: offen, beeinträchtigt, beschränkt, unterdrückt und geschlossen.

¹⁴¹ Im April und Mai 2020 wurden jeweils rund 9,9 Mio. EUR (100 Mio. SEK) für derartige Organisationen bereitgestellt, und im Dezember 2020 wurden zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von 5,9 Mio. EUR (60 Mio. SEK) vorgeschlagen. Schwedische Regierung (2020), Support for civil society's social and humanitarian efforts (Unterstützung der sozialen und humanitären Bemühungen der Zivilgesellschaft).

Anhang I: Verzeichnis mit Quellenangaben (alphabetisch geordnet)*

* Die Liste der Beiträge, die im Rahmen der Konsultation für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 eingegangen sind, ist abrufbar unter <https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/rule-law-mechanism/2021-rule-law-report-targeted-stakeholder-consultation>.

Agentur für Rechts-, Finanz- und Verwaltungsdienstleistungen, Umsatzberichte (Redovisa intäkter), (<https://www.kammarkollegiet.se/vara-tjanster/partiinsyn/redovisa-intakter>).

Altinget (2021), Aus den Menschenrechten darf keine Parteipolitik gemacht werden (Gör inte partipolitik av mänskliga rättigheter) (<https://www.alinget.se/artikel/gor-inte-partipolitik-av-manskliga-rattigheter>).

Ausschuss der schwedischen Richtervereinigung (2021), Die Unabhängigkeit der Richter sollte durch einen Justizrat gestärkt werden (Domarnas oavhängighet bör stärkas med ett domarråd), (<https://www.dn.se/debatt/domarnas-oavhangighet-bor-starkas-med-ett-domarrad/>).

CEPEJ (2021), Study on the functioning of judicial systems in the EU Member States (Studie zur Funktionsweise der Justizsysteme in den EU-Mitgliedstaaten).

Civil Liberties Union for Europe (2021), Beitrag der Civil Liberties Union zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021 – Beitrag von Civil Rights Defenders.

Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Erfassung von COVID-19-Maßnahmen im audiovisuellen Sektor (Teil 2) – Schweden (<https://www.obs.coe.int/de/web/observatoire/covid-19-d#anchorSweden>).

Europäische Kommission (2020), Bericht über die Rechtsstaatlichkeit. *Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Schweden*.

Europäische Kommission (2021), EU-Justizbarometer 2021.

Europarat, Plattform des Europarates zur Förderung des Schutzes des Journalismus und der Sicherheit von Journalisten – Schweden (<https://www.coe.int/en/web/media-freedom/sweden>).

Europarat: Ministerkomitee (2010), Empfehlung CM/Rec(2010)12 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten zur Unabhängigkeit, Effizienz und Verantwortung von Richtern.

Gesetzgebungsrat (2020), Auszug aus dem Protokoll der Sitzung vom 30.12.2020 (Utdrag ur protokoll vid sammanträde 2020-12-30) (<https://www.lagradet.se/wp-content/uploads/2020/12/Covid-19-lag.pdf>).

GRECO (2019), Fünfte Evaluierungsrunde – Evaluierungsbericht über Schweden, 5th Evaluation Round on Preventing corruption and promoting integrity in central governments (top executive functions) and law enforcement agencies (Fünfte Evaluierungsrunde zur Korruptionsprävention und zur Förderung der Integrität in Zentralregierungen (leitende Exekutivfunktionen) und Strafverfolgungsbehörden) (<https://rm.coe.int/fifth-evaluation-round-preventing-corruption-and-promoting-integrity-i/1680943be3>).

IRM (Institut für Werbe- und Medienstatistik), In the wake of the pandemic, IRM records the largest decline in Nordic ad sales since the financial crisis (Im Zuge der Pandemie verzeichnet das Institut für Werbe- und Medienstatistik den größten Rückgang der skandinavischen Werbeumsätze seit der Finanzkrise), (<https://www.irm-media.se/se/aktuellt/nyheter/in-the-wake-of-the-pandemic-irm-records-the-largest-decline-in-nordic-ad-sales-since-the-financial-crisis/>).

Ministerium für Kultur (2021), Erhöhte Medien- und Demokratieförderung im Staatshaushalt (Ökat medie- och demokratistöd i regeringens budget) (<https://www.regeringen.se/artiklar/2021/04/okat-medie--och-demokratistod-i-regeringens-budget/>).

Nationale Behörde für das öffentliche Beschaffungswesen, Beschaffung in Notlagen. (Upphandling i akuta situationer) (<https://www.upphandlingsmyndigheten.se/regler-och-lagstiftning/akuta-situationer>).

Nationale Gerichtsverwaltung (2021), Abgesagte Anhörungen (Inställda förhandlingar) (<https://www.domstol.se/globalassets/filer/gemensamt-innehall/styrning-och-riktlinjer/statistik/2021/200301-installda-forhandlingar.pdf>).

Nationale Gerichtsverwaltung (2021), Eingegangene, abgeschlossene und ausgeglichene Fälle bis einschließlich Woche 7 (Inkomna, avgjorda och balanserade mål till och med vecka 7) (<https://www.domstol.se/globalassets/filer/gemensamt-innehall/styrning-och-riktlinjer/statistik/2021/210301-inkomna-avgjorda-och-balanserade-mal.pdf>).

Nationale Gerichtsverwaltung (2021), Gerichte unter Druck: fast eine halbe Million neue Fälle im Jahr 2020 (Domstolarna under press: nästan en halv miljon nya mål 2020) (<https://www.domstol.se/domstolsverket/nyheter/2021/02/domstolarna-under-press-nastan-en-halv-miljon-nya-mal-2020/>).

Nationaler Beirat für Kriminalitätsverhütung (2021), Regulierungsschreiben des Bra für 2021 (Brås regleringsbrev för 2021) (<https://bra.se/om-bra/nytt-fran-bra/arkiv/nyheter/2021-01-01-bras-regleringsbrev-for-2021.html>).

Nationaler Rat für Verbrechenverhütung (2021), Bericht über die Auswirkungen der Pandemie auf den Fluss der Justiz (Pandemins inverkan på flödet i rättskedjan) (https://www.bra.se/download/18.1f8c9903175f8b2aa706ea0/1617187816217/2021_4_Pandemins_inverkan_pa_flodet_i_rattskedjan.pdf).

Oberstes schwedisches Gericht (2021), Beitrag des obersten schwedischen Gerichts zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

OECD (2012), OECD says Swedish progress combating foreign bribery insufficient to warrant Phase 4 evaluation (Laut OECD sind die schwedischen Fortschritte bei der Bekämpfung der Auslandsbestechung nicht ausreichend, um eine Bewertung der Phase 4 zu rechtfertigen) (<https://www.oecd.org/corruption/oecd-says-swedish-progress-combatting-foreign-bribery-insufficient-to-warrant-phase-4-evaluation.htm>).

OECD (2019), Sweden must urgently implement reforms to boost the fight against bribery (Schweden muss dringend Reformen umsetzen, um den Kampf gegen Bestechung zu verstärken) (<https://www.oecd.org/corruption/sweden-must-urgently-implement-reforms-to-boost-fight-against-foreign-bribery.htm>).

Parlamentarischer Bürgerbeauftragter (2020), Stellungnahme zum Memorandum des COVID-19-Gesetzes (S2020/09214) (Yttrande över promemorian Covid-19-lag) (https://www.jo.se/Global/Remissyttranden/Remissyttrande%20R_144-2020.pdf).

Regionalbüros für Menschenrechte der VN für Europa (2021), Beitrag des OHCHR zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit.

Reporter ohne Grenzen – Schweden (<https://rsf.org/en/sweden>).

Riksdag (2020), Der Verfassungsausschuss schlägt vor, die Arbeit des Riksdag während der COVID-19-Pandemie zu untersuchen (KU föreslår uppföljning av riksdagens arbete under coronapandemin) (<https://riksdagen.se/sv/aktuellt/2020/nov/12/ku-foreslar-uppfoljning-av-riksdagens-arbete-under-coronapandemin/>).

Riksdag (2020), Fernteilnahme an Ausschusssitzungen und dem EU-Ausschuss (Deltagande på distans vid sammanträden i utskotten och EU-nämnden) (https://riksdagen.se/sv/dokument-lagar/arende/betankande/deltagande-pa-distans-vid-sammantraden-i_H701KU16).

Riksdag (2020), Vereinbarung über die Arbeit der Kammer und der Ausschüsse im Zusammenhang mit der Verbreitung von COVID-19 (Överenskommelse om kammarens och utskottens arbete med anledning av spridningen av covid-19) (<https://riksdagen.se/globalassets/01.-aktuellt/201920/overenskommelse-mellan-gruppledarna-maa-covid-19.pdf>).

Riksdag, So arbetet der Riksdag: Annahme von Gesetzen (Sa funkar riksdagen – beslutat om lagar), (<https://riksdagen.se/sv/sa-funkar-riksdagen/riksdagens-uppgifter/beslutat-om-lagar/>).

Schwedische Abteilung des Internationalen Ausschusses der Juristen und Bürgerrechtsverteidiger (2021), Beitrag der schwedischen Abteilung des Internationalen Ausschusses der Juristen und Bürgerrechtsverteidiger für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

Schwedische Regierung (2016), Der Grundsatz des öffentlichen Zugangs zu amtlichen Dokumenten ([The principle of public access to official documents – Government.se](https://www.government.se/pressreleases/2016/05/the-principle-of-public-access-to-official-documents)).

Schwedische Regierung (2018), Die demokratischen Bedingungen bei staatlichen Subventionen (Demokrati villkoren i statlig bidragsgivning) (<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/kommittedirektiv/2018/03/dir.-201819/>).

Schwedische Regierung (2019), Befassung SOU 2019:35 Demokratische Bedingungen für Beiträge zur Zivilgesellschaft (<https://www.regeringskansliet.se/remisser/2019/07/remiss-sou-201935-demokrati-villkor-for-bidrag-till-civilsamhallet/>).

Schwedische Regierung (2019), Sicherheitsüberprüfung von Richtern (Säkerhetsprövning av domare). (<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/departementsserien-och-promemorior/2019/11/ds-201926/>).

Schwedische Regierung (2020), Beitrag aus Schweden für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020.

Schwedische Regierung (2020), Bewertung der Maßnahmen zum Umgang mit dem Ausbruch des COVID-19-Erregers (Utvärdering av åtgärderna för att hantera utbrottet av det virus som orsakar sjukdomen covid-19) (<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/kommittedirektiv/2020/06/dir.-202074/>).

Schwedische Regierung (2020), Bewertung der Maßnahmen zum Umgang mit dem Ausbruch des COVID-19-Erregers (Utvärdering av åtgärderna för att hantera utbrottet av det virus som orsakar sjukdomen covid-19) (<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/kommittedirektiv/2020/06/dir.-202074/>).

Schwedische Regierung (2020), Die Regierung unternimmt einen neuen Schritt in Richtung strengerer demokratischer Bedingungen für staatliche Subventionen für die Zivilgesellschaft (Regeringen tar nytt steg för skärpt demokrati villkor vid statsbidrag till civilsamhället) (<https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2020/11/regeringen-tar-nytt-steg-for-skarpt-demokrati-villkor-vid-statsbidrag-till-civilsamhallet/>).

Schwedische Regierung (2020), Digitale Pressekonferenz mit dem Premierminister vom 22. Dezember 2020. (<https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2020/12/digital-presstraff-med-statsministern-22-december-2020/>).

Schwedische Regierung (2020), Europäische Staatsanwaltschaft in Schweden, (En europeisk åklagarmyndighet i Sverige) (<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/statens-offentliga-utredningar/2020/12/sou-202074/>).

Schwedische Regierung (2020), Improving the safety of whistle-blowers (Verbesserung der Sicherheit von Hinweisgebern). Bericht über die Untersuchung der Umsetzung der Richtlinie für Hinweisgeber (Ökad trygghet för visselblåsare. Betänkande av Utredningen om genomförande av visselblåsardirektivet)

<https://www.regeringen.se/49f2d1/contentassets/8da2073fda1645ec946ca4eca8bd6b6a/okad-trygghet-for-visselblasare-sou-2020-38.pdf>).

Schwedische Regierung (2020), Stärkere Koordination für eine verstärkte Digitalisierung der Justiz (Starkare samordning för ökad digitalisering av rättsväsendet) (<https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2020/09/starkare-samordning-for-okad-digitalisering-av-rattsvasendet/>).

Schwedische Regierung (2020), Unterstützung der sozialen und humanitären Bemühungen der Zivilgesellschaft (*Stöd till civila samhällets sociala och humanitära insatser*) (<https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2020/12/stod-till-civila-samhallets-sociala-och-humanitara-insatser/>).

Schwedische Regierung (2021), Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung 2021–2023 (Ett utvecklat arbete mot korruption i den offentliga förvaltningen Handlingsplan mot korruption 2021–2023) (<https://www.regeringen.se/4affa7/globalassets/regeringen/dokument/finansdepartementet/handlingsplan-mot-korruption/handlingsplan-mot-korruption-20212023.pdf>).

Schwedische Regierung (2021), Beitrag aus Schweden für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021.

Schwedische Regierung (2021), Erhöhte Medien- und Demokratieförderung im Staatshaushalt (Ökat medie- och demokratistöd i regeringens budget) (<https://www.regeringen.se/artiklar/2021/04/okat-medie--och-demokratistod-i-regeringens-budget/>).

Schwedische Regierung (2021), Gesetzesvorlage der Regierung 202/21:143 – Institut für Menschenrechte (Regeringens proposition 2020/21:143 Institutet för mänskliga rättigheter) (<https://www.regeringen.se/495aa6/contentassets/95a2941f3c074cbcafebcd6746631989/institutet-for-manskliga-rattigheter.pdf>).

Schwedische Regierung (2021), Institut für Menschenrechte (Institutet för mänskliga rättigheter) (<https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/proposition/2021/03/prop.-202021143/>).

Schwedisches Institut für Korruptionsbekämpfung (2020), Verurteilungen aufgrund von Bestechung in Schweden 2020 (Mutbrottsdomar i Sverige 2020) (<http://3afvm642sqoq9muh73hsqhtz-wpengine.netdna-ssl.com/wp-content/uploads/2021/02/Mutbrottsdomar-i-Sverige-2020.pdf>).

Schwedisches Institut für Korruptionsbekämpfung (Institutet Mot Mutor) (2020), Verhaltenskodex (<https://www.institutetmotmutor.se/en/>).

Svenska Dagbladet (2021), Die Moderate Sammlungspartei möchte die schwedische nationale Gerichtsverwaltung durch einen Richterrat ersetzen (M vill ersätta domstolsverket med domarråd) (<https://www.svd.se/m-vill-ersatta-domstolsverket-med-domarrad>).

Sveriges Radio (2021), Druck und Wut auf Wissenschaftsjournalisten wegen ihrer Corona-Berichterstattung (Hat mot vetenskapsjournalister har ökat under pandemin) ([Hat mot vetenskapsjournalister har ökat under pandemin - P4 Uppland | Sveriges Radio](https://www.sverigesradio.se/artiklar/hat-mot-vetenskapsjournalister-har-okat-under-pandemin-p4-uppland)).

Transparency International (2020), Exporting corruption (Korruptionsexport) (<https://www.transparency.org/en/publications/exporting-corruption-2020>).

Transparency International (2021), Korruptionswahrnehmungsindex (2020), (<https://www.transparency.org/en/cp/2020/index/nzl>).

Universität Lund (2020), Über das Projekt (Om projektet) (<https://www.soclaw.lu.se/om-projektet>).

Verfassungsausschuss (2021), Bericht 2020/21:KU20 (<https://www.riksdagen.se/sv/aktuellt/2021/jun/3/kus-granskning-av-regeringen-ar-klar/>).

Verfassungsausschuss (2021), Ein vorläufiges COVID-Gesetz (En tillfällig covid-19-lag) – Stellungnahme 2020/21 KU6y (<https://data.riksdagen.se/fil/20BFF67F-6080-422A-9546-DBF3F425CB80>).

VN-Generalversammlung (2020), Report of the Working Group on the Universal Peer Review – Sweden (Bericht der Arbeitsgruppe zur Universellen Periodischen Überprüfung – Schweden) (<https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G20/069/40/PDF/G2006940.pdf?OpenElement>).

Zentrum für Medienpluralismus und Medienfreiheit (2021), Media Pluralism Monitor 2021 (Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2021).

Anhang II: Länderbesuch in Schweden

Im März 2021 fanden virtuelle Treffen der Kommissionsdienststellen mit den folgenden Teilnehmern statt:

- Agentur für öffentliche Verwaltung
- Behörde für Wirtschaftskriminalität
- Büro des Parlamentarischen Bürgerbeauftragten
- Büro des Premierministers
- Civil Rights Defenders
- Finanzministerium
- Gesetzgebungsrat
- Institut für Korruptionsbekämpfung
- Justizministerium
- Ministerium für Arbeit
- Ministerium für Kultur
- Nationale Gerichtsverwaltung
- Oberster Gerichtshof
- Oberster Verwaltungsgerichtshof
- Presse- und Rundfunkbehörde
- Presseombudsmann
- Schwedische Anwaltskammer
- Schwedischer Journalistenverband
- Schwedischer Richterbund
- Sekretariat des Verfassungsausschusses
- Staatsanwaltschaft
- Transparency International Schweden
- Untersuchungsausschuss zur Unabhängigkeit der Gerichte

* Darüber hinaus fand eine Reihe horizontaler Treffen der Kommission mit den folgenden Organisationen statt:

- Amnesty International
- Center for Reproductive Rights
- CIVICUS
- Civil Liberties Union for Europe
- Civil Society Europe
- EuroCommerce
- Europäische Journalisten-Föderation
- Europäisches Jugendforum
- Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (European Centre for Press and Media Freedom, ECPMF)
- European Center for Not-for-Profit Law
- European Civic Forum
- European Partnership for Democracy
- Front Line Defenders
- Human Rights House Foundation
- Human Rights Watch
- ILGA-Europe
- International Planned Parenthood Federation European Network (IPPF EN)

- Internationale Föderation für Menschenrechte (Fédération internationale pour les droits humains, FIDH)
- Internationale Juristenkommission (International Commission of Jurists, ICJ)
- Internationales Presseinstitut (International Press Institute, IPI)
- Konferenz Europäischer Kirchen
- Netherlands Helsinki Committee
- Open Society European Policy Institute
- Philanthropy Advocacy
- Protection International
- Reporter ohne Grenzen
- Transparency International EU